Medienmitteilung | Veröffentlicht am 12. September 2025

Alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Geldwäschereibekämpfung

Bern, 12.09.2025 — Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. September 2025 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) zu prüfen. Die MROS braucht mehr Mittel, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, weil die Anzahl Meldungen seit einigen Jahren stark steigt.

Die MROS, angesiedelt beim Bundesamt für Polizei fedpol, nimmt Verdachtsmeldungen von Finanzintermediären in Bezug auf Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung entgegen und analysiert diese. Sie entscheidet, ob die daraus gewonnenen Informationen an eine Strafverfolgungsbehörde übermittelt werden müssen. Angesichts eines stark wachsenden Melde- und Datenvolumens steht die MROS zunehmend unter Druck.

Die MROS hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Optimierungsschritte umgesetzt: Sie führte etwa den risikobasierten Ansatz ein, fokussiert auf Schwerstkriminalität und optimiert technische Möglichkeiten. Der zunehmende Arbeitsanfall lässt sich jedoch mit den vorhandenen personellen Ressourcen, den Effizienzsteigerungen und den derzeit vorhandenen technischen Möglichkeiten nicht mehr vollständig auffangen.

Angesichts der angespannten Lage im Bundeshaushalt soll geprüft werden, ob über alternative Modelle zusätzliche Mittel für die MROS bereitgestellt werden könnten – zum Beispiel in Form eines Gebührenmodells. Damit soll die MROS gestärkt werden, damit sie ihren nationalen und internationalen Aufgaben weiterhin gerecht werden kann. Die MROS ist regelmässig Ausgangspunkt für komplexe internationale Geldwäschereifälle, die zu Verurteilungen und eingezogenen Geldsummen im mehrstelligen Millionenbereich führen. Die von der Bundesanwaltschaft behandelten Fälle im Deliktsfeld Geldwäscherei stammen hauptsächlich aus Anzeigen der MROS.

Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, dass das EJPD mit Unterstützung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) bis Ende 2026 konkrete Varianten zur alternativen Finanzierung vorlegt.

Adresse für Rückfragen

Kommunikation fedpol

[+41 58 463 13 10](tel:+41584631310)

media@fedpol.admin.ch

Herausgeber

Der Schweizerische Bundesrat

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>

Themen

Bundesrat

Bundesrat: Bundesratsgeschäfte

Sicherheit